

28. Europaministerkonferenz der Länder

am 31. Mai 2001
in Berlin

Beschluss

TOP 3 Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit: Zusammenarbeit mit der Kommission im Rahmen der Europawoche

Berichterstatter: Sachsen-Anhalt

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen den Bericht des Landes Sachsen-Anhalt zur Kenntnis.
2. Sie gehen davon aus, dass die Europäische Kommission angesichts der Haushaltslage der Zuwendungsempfänger die Länder umgehend über das weitere Verfahren zur Umsetzung der Vereinbarung über die „Gemeinsame Durchführung von Informationsmaßnahmen“ im Rahmen der Europawoche 2001 unterrichtet.
3. Im Hinblick auf die Europawoche 2002 erwarten die Europaminister und -senatoren, dass die Europäische Kommission spätestens in der Europaministerkonferenz im Oktober dieses Jahres ihre Vorstellungen über die Fortführung der Zusammenarbeit mit den Ländern in der europapolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit verbindlich darlegt und für den Fall der Fortsetzung der Zusammenarbeit ihrerseits dafür Sorge trägt, dass unnötiger Arbeitsaufwand reduziert und vor allem die notwendige Planungs- und Finanzierungssicherheit für Zuwendungsempfänger gewährleistet ist.
4. Die Europaminister und -senatoren unterstreichen ihr Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Sie erwarten die Berücksichtigung der grundlegenden Anliegen der Länder in der Praxis der Zusammenarbeit bei der Organisation und Durchführung künftiger Europawochen.

28. Europaministerkonferenz der Länder

am 31. Mai 2001
in Berlin

Beschluss

TOP 2 Mitwirkungsinstrumente der Länder in EU-Angelegenheiten

Berichterstatter: Baden-Württemberg

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen Kenntnis vom Zwischenbericht der Ständigen Arbeitsgruppe zu den Mitwirkungsinstrumenten der Länder in EU-Angelegenheiten.

2. Die Europaminister und -senatoren stellen fest, dass eine Überprüfung der bisherigen Instrumente der Bund-Länder-Zusammenarbeit sinnvoll ist. Ziel ist es, durch eine aktive Mitwirkung die politische Stellung der Länder gegenüber Bund und Europäischer Union zu verbessern und ihre Rolle in der Europapolitik weiter zu stärken. Im Hinblick darauf sollten zunächst Verbesserungen in der praktischen Wahrnehmung der bisherigen Mitwirkungsinstrumente der Länder untersucht werden. Soweit notwendig, sollten darüber hinaus auch Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen geprüft werden.

3. Die Ständige Arbeitsgruppe wird gebeten, mit dieser Zielsetzung zur Europaministerkonferenz am 10./11. Oktober 2001 auf der Grundlage des Zwischenberichts Vorschläge vorzulegen. Einbezogen werden sollen dabei folgende Fragen:
 - Stärkung der politischen Wirkung der Stellungnahmen des Bundesrates zu EU-Vorhaben;

- wirksame Wahrnehmung der Ländermitwirkungsrechte im EU-Ministerrat;
- Möglichkeiten einer verbesserten Mitwirkung in und Einwirkung auf die Europäischen Räte und im Rahmen des Ausschusses der Ständigen Vertreter;
- stärkere Vernetzung zwischen den Ländervertretern in EU-Gremien, den Fachausschüssen des Bundesrates sowie den Ländervertretern für die Vorbereitung der Sitzungen des Ausschusses der Ständigen Vertreter und der Ministerratstagungen und dem Länderbeobachter;
- Weiterentwicklung des Informationssystems zwischen EU-Institutionen, Bundesregierung, Bundesrat und Landesministerien im Hinblick auf EU-Dokumente, Dokumente der Bundesregierung sowie Berichte der Bundesratsbeauftragten unter den Gesichtspunkten von Schnelligkeit und Zielgerichtetheit.

28. Europaministerkonferenz der Länder

am 31. Mai 2001
in Berlin

Beschluss

TOP 1

Post-Nizza-Prozess

Berichterstatter: Mecklenburg-Vorpommern als Vorsitzland

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen den Bericht des Vorsitzlandes zur Kenntnis.
2. Sie betonen, dass der Erwartung einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit an der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union nur mit einem transparenten, in sich kohärenten und effektiven Verfahren entsprochen werden kann. Dabei muss die Einbringung und Berücksichtigung der Länderforderungen für die nächste Regierungskonferenz innerhalb der vorgesehenen Strukturen gewährleistet sein. Hierzu verabschieden die Europaminister und -senatoren die anliegenden „Eckpunkte der Länder zu den Verfahrensaspekten der ‚Erklärung zur Zukunft der Union‘“. Sie behalten sich vor, ihre Haltung im Lichte der weiteren Diskussion auf nationaler und EU-Ebene zu präzisieren und fortzuschreiben.
3. Die Freie Hansestadt Bremen wird gebeten, die Eckpunkte der Länder auch in die Beratungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzubringen, eine gemeinsame Haltung von Bund und Ländern im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen auf europäischer Ebene zu erreichen.
4. Die Europaminister und –senatoren beauftragen die Ständige Arbeitsgruppe, bis zur Europaministerkonferenz in Goslar (10./11. Oktober 2001) erste Vorstellungen zu den Themenbereichen „Kompetenzordnung“ und „Demokratische Legitimation von EU-Entscheidungen“ zu entwickeln.
5. Das Vorsitzland wird gebeten, die Ministerpräsidentenkonferenz über den Beratungsstand der Europaministerkonferenz zum Post-Nizza-Prozess zu unterrichten.

Eckpunkte der Länder
zu den Verfahrensaspekten der „Erklärung zur Zukunft der Union“

(Stand: 31.05.2001)

I. Vorbemerkung

Die Europaministerkonferenz der Länder hat in ihrem Beschluss vom 15. Februar 2001 die Bundesregierung gebeten, „die Länder weiterhin bei der innerstaatlichen Meinungsbildung zum Post-Nizza-Prozess zu beteiligen und auch eine unmittelbare Ländermitwirkung über den Bundesrat an der in eine erneute Regierungskonferenz im Jahr 2004 mündenden Reformdiskussion auf europäischer Ebene sicherzustellen.“

In diesem Sinne wollen die Länder mit den folgenden Vorschlägen frühzeitig ihre Position zur Organisation und Arbeitsweise des „Post-Nizza-Prozesses“ einbringen. Damit soll das Interesse an einer eigenen aktiven Mitwirkung ebenso unterstrichen werden wie der Wunsch, den Prozess bis zur Regierungskonferenz im Jahre 2004 ergebnisorientiert und transparent zu gestalten.

Für die Länder, deren Initiative die „Erklärung zur Zukunft der Union“ des ER Nizza maßgeblich beeinflusst hat, kommt es nun darauf an, in die vorgesehene „breite öffentliche Debatte“ die eigenen Vorstellungen - insbesondere zum Thema der Kompetenzordnung - einzubringen und um Akzeptanz und Unterstützung in den übrigen Mitgliedstaaten und Regionen und den europäischen Institutionen zu werben.

Die bis zum ER Laeken zu treffenden Entscheidungen über die Art und Weise der Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz werden maßgeblich deren Ergebnisse und damit die Voraussetzungen für das anschließende Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedstaaten beeinflussen. Die gegenwärtig stattfindende Diskussion über „prozedurale Fragen“ ist mithin von großer Bedeutung im Hinblick auf die Einbringung und Berücksichtigung der Länderforderungen.

Für die Länder geht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt darum, zu diesen prozeduralen Fragen des Post-Nizza-Prozesses erste Überlegungen zu formulieren, die aus Ländersicht bei der weiteren Diskussion zu beachten sind, und die als Raster für die Bewertung konkreter Vorschläge bis zum ER Laeken dienen können. Die Länder be-

halten sich vor, ihre Haltung im Lichte der weiteren Diskussion auf nationaler und EU-Ebene zu präzisieren und fortzuschreiben.

Angestrebt wird damit auch eine gemeinsame Haltung mit der Bundesregierung im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen auf europäischer Ebene.

II. Eckpunkte

- (1) Der Prozess zur Vorbereitung der RK 2004 soll als intensive und umfassende öffentliche Debatte über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union geführt werden, um Verständnis und Akzeptanz der europäischen Integration beim Bürger zu verbessern. Hierfür sind starke Impulse von der europäischen Ebene zu erwarten. Darüber hinaus wird es aber vor allem darauf ankommen, diese Debatte in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Gegebenheiten zu führen und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen in die Arbeit auf europäischer Ebene einzubringen.
- (2) Die maßgeblichen Akteure in diesem Prozess zur Umsetzung der „Erklärung zur Zukunft der Union“ sind daher neben dem Europäischem Parlament und der Europäischen Kommission vor allem die nationalen Parlamente und die mitgliedstaatlichen Regierungen.
- (3) Angesichts der komplexen Thematik und der vielfältigen Interessenlagen wird es erforderlich sein, den Verhandlungsgegenstand und die Zielsetzung der Arbeiten zu präzisieren. Der Auftrag an zu schaffende Vorbereitungsstrukturen muss durch den Europäischen Rat erfolgen. In diesem Sinne sollte der ER Laeken die „Erklärung zur Zukunft der Union“ konkretisieren und klare Verfahrensvorgaben und Aufgabenstellungen an die Vorbereitungsstrukturen geben.
- (4) Die vertraglich und verfassungsrechtlich festgelegte Stellung der mitgliedstaatlichen Regierungen und Parlamente bei der Fortentwicklung des Vertragswerks ist zu wahren. Daher sollten als Ergebnis der Vorbereitungsphase Vorschläge, Empfehlungen und Optionen erarbeitet und der Regierungskonferenz vorgelegt werden, die auf den eingebrachten Vorschlägen basieren. Die Verhandlung und Beschlussfassung eines konkreten Vertragstextes obliegt der Regierungskonferenz.

renz. Die endgültige Entscheidung über die Vertragsreform wird erst in den mitgliedstaatlichen Ratifikationsverfahren getroffen.

- (5) Die vielschichtigen Interessen der beteiligten Institutionen und Akteure werden unterschiedliche, z. T. widerstreitende Vorschläge hervorbringen. Es muss das Ziel der Vorbereitungsphase sein, diese Vorschläge zu sammeln, die öffentliche Debatte zu initiieren und die Beiträge in den geeigneten Arbeitsformen zur Diskussion zu stellen. Dabei sollte der Austausch zur Weiterentwicklung von Vorschlägen und Modellen zu einer Verdichtung auf Optionen im Rahmen eines Berichts führen. Diese Ergebnisse sollen vollständig an den Europäischen Rat übermittelt werden und als Verhandlungsgrundlage der anschließenden Regierungskonferenz dienen.
- (6) Im Hinblick auf die Rückkoppelung an die Meinungsbildung in den MS und die Gewährleistung von Transparenz sind Zwischenergebnisse und Optionen vorzusehen, die z.B. jeweils den Europäischen Räten am Ende der Präsidentschaften vorgelegt werden und dann im Europäischen Parlament sowie den nationalen Parlamenten beraten werden können. Schlussfolgerungen aus diesen Beratungen sollen im Fortgang der Arbeiten eingebracht und berücksichtigt werden. Nur durch eine so strukturierte Arbeitsweise lässt sich die für die Akzeptanz unerlässliche breite Diskussion in den Parlamenten herstellen.
- (7) Da die in der "Erklärung zur Zukunft der Union" aufgeführten Themen zum Teil von sehr politischem, zum Teil eher von technischem Charakter sind, wird eine unterschiedliche, jeweils themenspezifische Arbeitsweise sinnvoll sein. Zum Beispiel erscheint es naheliegend, das Thema „Vereinfachung der Verträge“ zunächst von Experten erarbeiten zu lassen. Gleichzeitig sind jedoch alle Themenbereiche eng miteinander verbunden und werden im Ergebnis (und während der Arbeiten) beständig aufeinander bezogen werden müssen. Daher ist der Arbeitsprozess so anzulegen, dass der abschließende Bericht und die darin enthaltenen Empfehlungen die inneren Bezüge der einzelnen Themen berücksichtigen und ggfls. zu verschiedenen Optionen konkretisieren.
- (8) Die Arbeitsweise während der Vorbereitungsphase muss diese Voraussetzungen berücksichtigen und sollte daher so beschaffen sein, dass a) geeignete Arbeitsstrukturen für die relevanten Akteure, b) eine inhaltliche Verzahnung der ver-

schiedenen Themen und Aufgaben sowie c) eine effektive Kommunikation über die Ziele und Arbeitsschritte mit der Öffentlichkeit gewährleistet ist.

- (9) Die inhaltliche Arbeit sollte im Rahmen eines Gremiums und in individuell entsprechend den Beratungsgegenständen zusammengesetzten Arbeitsgremien stattfinden. Darin sollten Vertreter der nationalen Parlamente, der mitgliedstaatlichen Regierungen, der EU-Organe sowie Sachverständige und Vertreter der Beitrittsländer zusammen arbeiten. Zur Koordinierung der Arbeiten und ihre Darstellung nach außen ist die Schaffung einer Koordinierungsebene („Steuerungsgruppe“, „Präsidium“, o.ä.) erforderlich. Aufgabe dieser Koordinierungsebene ist vor allem die Herstellung der Kohärenz der verschiedenen Arbeiten auf Grundlage der Vorgaben des Europäischen Rates und die Weiterleitung der Zwischenergebnisse und Optionen an den ER. Für die prozedurale Gestaltung der Vorbereitungsphase sollen die Erfahrungen mit dem Grundrechtskonvent berücksichtigt werden.
- (10) Im Hinblick auf einen offenen Diskussionsprozess und eine klare Trennung von Vorbereitungsphase und anschließender Regierungskonferenz sollte es sich bei den Mitgliedern der Koordinierungsebene um Repräsentanten der beteiligten Institutionengruppen handeln.
- (11) Vertreter der anderen EU-Institutionen (Europäischer Gerichtshof, Ausschuss der Regionen und Wirtschafts- und Sozialausschuss) sollten an den plenaren Beratungen durch Beobachter teilnehmen können. Vertreter der "Zivilgesellschaft" sollten Gelegenheit erhalten, in fachspezifischen Anhörungen ihre Positionen vorzustellen.
- (12) Der Zeitplan für die Vorbereitungsarbeiten sollte so gestaltet werden, dass auch das EP und die Europäische Kommission in allen wichtigen Verhandlungsphasen handlungsfähig sind. Insofern sollte angestrebt werden, die Regierungskonferenz schon vor den Europawahlen im Mai 2004 abzuschließen. Hierzu sollten die inhaltlichen Beratungen der Vorbereitungsphase umgehend nach dem ER in Laeken aufgenommen werden.

(13) Die deutschen Länder müssen an der Arbeitsstruktur, insbesondere im Hinblick auf die Vorschläge zur zukünftigen Aufgaben- und Kompetenzabgrenzung in der EU, unmittelbar durch Vertreter des Bundesrates beteiligt sein.

28. Europaministerkonferenz der Länder

am 31. Mai 2001
in Berlin

Beschluss

TOP 6 Verschiedenes

Mit Blick auf die Bedeutung der Information der Bürgerinnen und Bürger zur Osterweiterung betonen die Europaminister und -senatoren die Notwendigkeit der umgehenden Umsetzung der von der Europäischen Kommission bereits im Herbst 2000 angekündigten Informationskampagne.